

Gemeinden in Niedersachsen fordern mehr Mittel für Starkregenschutz

Niedersächsische Kommunen fordern mehr Fördergelder für Starkregenschutz und betonen die Notwendigkeit besserer Klimaanpassungsstrategien.

Der wachsende Bedarf an Maßnahmen zum Starkregenschutz in Niedersachsen

In den letzten Jahren ist der Druck auf niedersächsische Kommunen gestiegen, effektive Maßnahmen zum Schutz vor Starkregenereignissen zu ergreifen. Extremwetterereignisse, die durch den Klimawandel begünstigt werden, sind nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Die Gemeinden fordern deshalb von der Landesregierung und dem Bund mehr finanzielle Unterstützung, um ihre Infrastrukturen entsprechend anzupassen.

Forderungen von Kommunalpolitikern

Insbesondere die Stadt Meppen hat sich zu Wort gemeldet. Bürgermeister Helmut Knurbein, der parteilos ist, äußerte, dass eine umfangreiche finanzielle Unterstützung für die Kommunen dringend notwendig sei. Die angestrebten Schutzmaßnahmen könnten schnell hohe Kosten verursachen, weshalb eine umfassende Förderkulisse unerlässlich sei. Auch die Stadt Oldenburg zeigt sich engagiert und geht noch einen Schritt weiter: Sie möchte, dass die Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert wird. Ein Stadtsprecher erläuterte, dass diese Maßnahme für eine planbare Finanzierung sorgen würde und Kommunen nicht mehr

auf Einzelanträge für Fördermittel angewiesen wären.

Die Auswirkungen von Extremwetter

Bereits jetzt berichten die lokalen Medien häufig über überflutete Straßen und beschädigte Dörfer in Niedersachsen. Experten warnen seit Langem vor der Zunahme solcher Wetterextreme, die durch den Klimawandel bedingt sind. Diese Rückmeldungen verdeutlichen den Handlungsdruck, den die Kommunen verspüren. Die Umfrage der Deutschen Presse-Agentur zeigt, dass viele niedersächsische Städte eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen ergreifen möchten, um sich besser zu wappnen. Hierzu zählen u.a. breitere Kanalisationen sowie neue Regenrückhaltebecken oder Abflussrinnen in Straßen, um das Wasser effizienter abzuführen.

Regierungsinitiativen und finanzielle Anforderungen

Die niedersächsische Landesregierung hat reagiert und kürzlich einen Leitfaden veröffentlicht, der Kommunen dabei helfen soll, eigene Schutzkonzepte zu entwickeln. Diese Konzepte sind die Voraussetzung dafür, dass Kommunen Zuschüsse vom Land beantragen können. Zudem trat am 1. Juli das bundesweite Klimaanpassungsgesetz in Kraft, welches Länder und Bund dazu verpflichtet, Klimaanpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Das Bundesumweltministerium schätzt, dass in diesem Bereich bis 2030 ein Finanzbedarf von 38 Milliarden Euro besteht, um die erforderlichen Maßnahmen zur Minderung von Schäden durch Extremwetterereignisse zu realisieren.

Schlussfolgerung

Die wachsende Dringlichkeit von Wetterextremen in Niedersachsen zeigt klar, dass es an der Zeit ist, effektive und nachhaltige Lösungen zu finden. Kommunen stehen unter Druck, die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten und einen

sinnvollen Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels zu finden. Die Forderung nach mehr Fördergeldern und einer verankerten gesetzlichen Basis für Klimaanpassungsmaßnahmen ist ein Schritt in die richtige Richtung, um den zukünftigen Entwicklungen des Wettergeschehens besser begegnen zu können.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)